

Geld kauft Einfluss: Das Eherne Gesetz der Oligarchie

Wolfgang Grunwald

Es wird anhand von Fakten und Zahlen nachgewiesen, dass - im Gegensatz zur veröffentlichten Meinung - nicht demokratische Mehrheiten, sondern die Minderheit der ökonomisch Mächtigen sowie ihre Dienstklasse in Wirtschaft und Gesellschaft das Sagen haben. Damit wird erneut das „Eherne Gesetz der Oligarchie“ von Robert Michels bestätigt, das er bereits zwischen 1909 und 1911 begründet hatte.

Prof. Dr. Wolfgang Grunwald, Universität Lüneburg, Fak. II, Arbeits- und Betriebspsychologie, D - 21332 Lüneburg, eMail: grunwald@uni-lueneburg.de

„Es versteht sich von selbst, dass man nicht zugleich hohe Prinzipien und hohe Profite haben kann.“ (E. v. Kuenheim; früherer langjähriger BMW-Vorstandsvorsitzender)

„Ich habe den Eindruck, Globalisierung heißt für die Unternehmer, dass die Managergehälter sich an den USA orientieren sollen und die Löhne an China.“ (J. Peters, IG Metall-Chef)

Im Gefolge der allgegenwärtigen kapitalistischen Marktideologie haben Globalisierung und Deregulierung der Märkte, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Betriebsverlagerungen nach Osteuropa und Asien, Steuerflucht sowie kurzfristige Profitmaximierung die Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche beschleunigt. Das künftig noch zunehmende ökonomistische Denken in fast allen Lebensbereichen gleicht einer „stillen Revolution“ zugunsten des Materiellen auf Kosten des Ideellen mit allen damit einhergehenden schweren Verteilungskonflikten. Im Sog dieser epochalen Veränderung geht bei den meisten Menschen das Gewohnte, Vertraute, Berechenbare und Selbstverständliche verloren. Dies führt vor allem bei den mehr als sieben Millionen „Modernisierungs“-Verlierern und ihren Familien zu Orientierungslosigkeit, Verstörtheit, Angst, Resignation, Apathie, psychosomatischen Krankheiten sowie zu tiefen Enttäuschungen über die Funktionsfähigkeit der verfassungsrechtlich gebotenen demokratischen, gerechten und sozialen Gesellschaftsordnung.

Nun ist seit jeher bekannt, dass die Politik nicht nur von der Wirtschaftslage eines Landes maßgeblich bestimmt wird, sondern von ökonomisch mächtigen Personen und Gruppen. Aber noch nie in der Menschheitsgeschichte hatten Geld und vagabundierendes Finanzkapital einen so beherrschenden – und zugleich verheerenden – Einfluss auf ganze Staaten, Wirtschaftsräume, Branchen und Unternehmen wie gegenwärtig. So war es nur folgerichtig, dass der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Rolf E. Breuer, vor einigen Jahren in einem längeren Aufsatz für „DIE ZEIT“ das Finanzkapital ungeniert als „fünfte Gewalt“ kürte (neben der dreifachen klassischen Gewaltenteilung: Exekutive, Legislative,

Judikative; ferner die „vierte Gewalt“ der Massenmedien). „Geld kauft politischen Einfluss, klug eingesetzt kauft es auch intellektuellen Einfluss“ (zit. n. Bergmann 2004, S. 187). Mittlerweile tummeln sich in Berlin ca. 4500 (!) gut bezahlte und auch korrumpierende Lobbyisten sowie circa 1780 (!) Verbände mit direktem Einfluss auf Parlamente, Ministerien und Politiker.

Die fatalen Auswirkungen des (international) vagabundierenden Finanzkapitals im Verbund mit dem quasireligiösen Dogma des Neoliberalismus, das die kurzfristige Gewinnmaximierung auf der Basis des Eigennutzes als alternativloses „Naturgesetz“ zum Maßstab unternehmerischen Handelns propagiert, führen zur Kernfrage, wer eigentlich in Wirtschaft und Gesellschaft das Sagen hat - ungeachtet aller öffentlichen Bekenntnisse von Wirtschaftsvertretern und Politikern, den im Artikel 20 Abs. 1 (sowie Art. 28, Abs. 1) des Grundgesetzes („Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“) kodifizierten sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu respektieren.

Ziel dieses Artikels ist, hierzu Daten, Fakten sowie die korrespondierende sozio-ökonomische Gesetzmäßigkeit der Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit (Oligarchie) in der Wirtschaft zu diskutieren.

Oligarchische Strukturen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Ausgangspunkt ist die empirisch belegbare Tatsache, dass es in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft weniger demokratische als oligarchische Machtstrukturen gibt. Mit anderen Worten: Wenige herrschen - mehr verdeckt als offen - über Viele. Denn ökonomische Machteliten (maximal 5%) und deren Dienstklasse (etwa 10-15%) geben in allen wichtigen Entscheidungsgremien den Ton an. Nichts anderes meint das berühmte Diktum von Karl Marx, wonach die herrschende Meinung die Meinung der Herrschenden sei. Ähnlich Goethe in Faust I: Der Geist der Zeiten sei „im Grunde der Herrn eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.“

Die Legitimation hierfür gründet auf der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes in Art. 14 („Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet“), ohne - Ausnahmen bestätigen die Regel - die Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Artikel 14 Abs. 2 GG: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“) zu beachten. Die Missachtung der Sozialpflichtigkeit von Eigentum durch rücksichtslose, kurzfristige Gewinnmaximierung (einseitige Shareholder-Orientierung) auf Kosten der Stakeholder ist ein eklatanter Verfassungsbruch, der öffentlich zu ächten und juristisch zu ahnden wäre! Aber angesichts der ökonomisch determinierten faktischen Machtverhältnisse in Politik und Gesellschaft bleibt diese Forderung illusionär. Sie gleicht der Aufforderung, einer Katze das Bellen beizubringen ...

Die Bevölkerung hat ein untrügliches Gespür für ökonomische und soziale Fehlentwicklungen: Gemäß einer Umfrage im Jahre 2004 des Instituts für Demoskopie in Allensbach forderten 45% der Befragten die Sozialpflichtigkeit des Eigentums ein (1998 waren es 34%). Nur 14% glaubten, dass sich die Wohlhabenden für das Allgemeinwohl in der Pflicht fühlten; 66% glaubten das nicht (Bartels 2005, 177).

So belegt der von der Bundesregierung vorgelegte 2. Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen in Deutschland 2004“, dass - vorsichtig berechnet - 50% der Haushalte nur über ca. 4% des Nettovermögens verfügen, während auf die vermögendsten 10% der Haushalte circa 47% (!) entfallen. Von 1960-2000 sank in Westdeutschland der Anteil der Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen von 20% auf 6,7%. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der Steuern auf Löhne und Gehälter von 6,3% auf 19,4%. Während die Reallöhne in West-Europa zwischen 1995 und 2004 um teilweise mehr als 25% stiegen, gingen die Realeinkommen in Deutschland um 0,9% zurück. „Steuergerechtigkeit gibt es schon lange nicht mehr. Reformen benachteiligen meist die Kleinen und bevorzugen die Großen“ (Weiss/Schmiederer 2006, 19). Im Jahre 2005 gab es in Deutschland sieben Millionen Sozialhilfe-Empfänger (ALG II). Fast jeder 13. Privathaushalt, das sind 3,1 Millionen Haushalte, ist überschuldet (vgl. „Schuldenreport 2006“ der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände; auf der Datenbasis von 2002). 16% der

Bevölkerung sind arm (Armutdefinition = weniger als 60% des durchschnittlichen pro Kopf-Verdienstes); und jedes sechste bis siebte Kind (ca. 2,5 Millionen) lebt von Sozialhilfe - mit steigender Tendenz. In der reichen Stadt Hamburg leben 23 % (= 51985 Kinder) der unter 15jährigen von Hartz IV (vgl. Hbg. Abendblatt 5.08.06). Demgegenüber sind nach konservativen Schätzungen des Bundesfinanzministeriums bis dato mindestens 400 Mrd. Euro in Deutschland erwirtschaftetes Vermögen (Geld und Kapital) am Fiskus vorbei ins Ausland geschleust worden. Desaströs für Arbeitnehmer sind vor allem die Aktivitäten vieler Investorengruppen (insbes. Private Equity Fonds und Hedge Fonds = sog. Heuschrecken), die - häufig verdeckt aus Steueroasen agierend - auch profitable Unternehmen ausschachten, um kurzfristig Jahresrenditen von 20-30% zu erzielen (ein Beispiel für viele: die spektakuläre Zerschlagung der erfolgreichen Armaturenfirma Friedrich Grohe). Kommunale Wohnungskomplexe, staatliche Krankenhäuser sowie Großkonzerne werden zur spekulativen Handelsware (z. B. Mannesmann, Aventis, Chrysler, Time Warner, etc.). „Aktien, Schweinebäuche oder Unternehmen. It's all the same“ (DIE ZEIT, 09.03.06, S. 24). Das Eigenkapital der Finanzinvestoren wird für 2006 auf ca. 270 Mrd. Dollar geschätzt. Mit Fremdkapital verfügen sie über eine Kapitalmacht von ca. 1,5 Billionen Dollar, sodass auch Großkonzerne von feindlichen Übernahmen bedroht sind. Diese Entwicklung ist mittlerweile eine reale Bedrohung der Weltwirtschaft (Storn 2006, 26).

Angesichts dieser Fakten wähnt man sich in einer feudalistischen Bananenrepublik; mit einer gespaltenen Gesellschaft in reich und arm sowie einer erodierenden Mittelschicht. Die ökonomische Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung wird angesichts der realen Macht- und Einflussverhältnisse in Politik und Wirtschaft zugunsten der Wirtschaftselite weiter zunehmen. Beweis hierfür ist eine seit Jahren praktizierte Steuerpolitik, die Großunternehmen gezielt *entlastet*, hingegen lohnabhängige Arbeitnehmer nachhaltig *belastet* (zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens speist sich mittlerweile aus der Lohnsteuer!). So hat DaimlerChrysler im Jahre 2005/06 in Deutschland - trotz 149

Mrd. Euro Umsatz und eines Reingewinnes von 2,8 Mrd. Euro – aufgrund von Verlustabschreibungen keine Steuern zahlen müssen (Hickel 2006).

Angesichts dieser Daten zeigt sich die Wiederkehr des ewig Gleichen: Schon vor 1600 Jahren erkannte Augustinus, dass der Wohlstand der Reichen sich aus dem Mangel der Armen speist. Die damit einhergehende Zerstörung des sozialen Friedens in Deutschland wird von der Wirtschaftselite und ihrer Dienstklasse in Politik, Medien, Beratungsunternehmen, Wirtschaftswissenschaften, konservativen Stiftungen und Vereinigungen, etc. ignoriert, verdrängt oder gar als unabänderlicher Preis einer Marktwirtschaft bagatellisiert. Kritiker der stetig zunehmenden Verteilungs-Ungerechtigkeit von unten nach oben werden in aller Regel von den zahllosen Protagonisten und Nutznießern der kapitalistischen Marktideologie eifertig mit der „Sozialneid-Keule“ mundtot zu machen versucht und/oder nach dem Motto: „If you can't beat them, join them“ gesellschaftlich „neutralisiert“ (vgl. www.NachDenkSeiten.de).

Aus der überdehnten Eigentumsgarantie des Grundgesetzes Art. 14 („Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet“) wird das sog. Direktionsrecht abgeleitet, aufgrund dessen Verfügungs- und Entscheidungsrechte an beliebige Personen delegiert werden können. Nicht selten handelt es sich hierbei um „gesetzliches Unrecht,“ (Gustav Radbruch), wonach Rechtsverhältnisse zwar legal, aber illegitim sein können, weil sie gegen Treu und Glauben verstoßen oder gar sittenwidrig sind. Beispiele hierfür sind die vielen „legalen“ Verträge zwischen Unternehmen und ihren Managern zu Lasten Dritter: exorbitante Gehälter, Pensionen, Abfindungen und Prämien, die häufig wenig oder gar nicht leistungsbezogen sind. Dabei stellt sich der Straftatbestand der Untreue (§ 266 StGB) schnell ein. Denn letztlich müssen diese Zahlungen vornehmlich von den schlecht bezahlten Arbeitnehmern der unteren und mittleren Hierarchieebenen; aber auch von den Kunden, Lieferanten und Kleinaktionären aufgebracht werden.

Über konkrete Fälle von Maßlosigkeit, Missbrauch, Untreue, Betrug und Korruption berichten überregionale Zeitungen fast täglich. Jedes

zweite deutsche Unternehmen ist in den vergangenen zwei Jahren Opfer von Wirtschaftskriminalität geworden. Die amtlich registrierten Schäden beliefen sich im Jahr 2004 auf mindestens 5,6 Mrd. Euro (gegenüber „nur“ 20 Mio. Euro aus Banküberfällen!). Nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes werden rund ein Drittel aller Wirtschaftsdelikte von Mitgliedern des Topmanagements begangen (www.bka.de/pks/pks2004/index2.html). In seinem neuen Buch über mafiose Netzwerke in Deutschland schreibt Jürgen Roth (2006, 10): *„Die Rede ist vom Deutschland-Clan. Ihn verbindet keine schriftliche Vereinbarung, es gibt keine beschwörenden Formeln, die mit Blut besiegelt werden wie bei der italienischen Cosa Nostra. Besiegelt werden die Bündnisse im Geiste, nonverbal. Den Deutschland-Clan vereint vielmehr das neoliberale Gedankenkonstrukt, in dem Gemeinsinn durch puren Egoismus und Moral durch die Anhäufung von möglichst viel Kapital, durch blanke Geldgier ersetzt wurden.“*

Wer sind die ökonomischen Machteliten?

„Eliten“ (lat. eligere = auswählen) sind Inhaber zentraler Positionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, die sich durch Auslese, Konkurrenz oder Kooptation herausgebildet haben, was ihre hervorgehobene Stellung rechtfertigt und/oder begründet. Im Folgenden wird die ökonomische Machtelite (sog. Wirtschaftselite) betrachtet, die nicht so sehr mit ihrem kulturellen und sozialen Kapital, sondern mit eigenem und häufig sogar geliehenem ökonomischem Kapital (P. Bourdieu) maßgeblichen Einfluss ausübt. Dementsprechend bedienen die meisten Angehörigen der Funktions- und Positionseliten bzw. der oberen Dienstklasse (= Inhaber geschätzter und hoch dotierter Führungspositionen) – nicht selten in vorauseilendem Gehorsam – die Interessen der ökonomisch Mächtigen. Nirgendwo ist dies so sichtbar wie bei Politikern, die sich den Kapitaleignern und/oder ihrer Dienstklasse als „Berater“ andienen. Ein beschämendes Beispiel für den Niedergang (sozial) demokratischer Ideale liefert der einstige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der sich – kaum abgewählt – von dem russischen Gasmonopolisten „Gasprom“ als Aufsichtsratsvorsitzender für ein

deutsch-russisches Konsortium (NEGP, Ostsee-Pipeline) für eine „Aufwandsentschädigung“ von 250.000,- Euro p.a. einkaufen ließ. Ein halbes Jahr später wurde er von der Investmentbank Rothschild für deren Europäischen Beirat angeheuert, usw. Dort soll er seine Expertise einbringen...

„Ob es uns nun gefällt oder nicht: über das Wohl und Wehe der deutschen Wirtschaft und damit auch über die Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung wird nicht von gewählten Politikern entschieden, sondern von ein paar Managern, Bankern, Unternehmensberatern und Juristen, die in einem straffen und engmaschigen Netzwerk organisiert sind. Wer Zutritt zu diesem Kreis der Wirtschaftselite erhält und wer draußen bleiben muss, entscheiden die Mitglieder selbst nach ihren eigenen Regeln“ (Opoczynski 2005, 48).

Im Gegensatz zu den Bereichen Kultur, Politik, Gewerkschaften, öffentliche Verwaltung, Wissenschaft, Justiz und Massenmedien mit einer gewissen Öffnung zu Elitepositionen für soziale „Aufsteiger“, ist die statushöhere soziale Herkunft in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft entscheidend. Ihr Rekrutierungsanteil aus der Oberschicht beträgt 40% (bei 6% Anteil an der Gesamtbevölkerung). Beim Weg in die Chefetagen der 400 führenden Großkonzerne sind die Söhne des gehobenen Bürgertums doppelt, die des Großbürgertums sogar mehr als dreimal so erfolgreich wie jene Arbeiterkinder aus der breiten Bevölkerung. Der Nachwuchs von leitenden Angestellten schafft den Sprung nach oben sogar zehnmals häufiger.

Mindestens vier zentrale Persönlichkeitsmerkmale indizieren den „klassenspezifischen Habitus“ (P. Bourdieu):

- 1) *Intimkenntnis und Beachtung der ungeschriebenen Dress- und Benimm-Codes*
- 2) *breite Allgemeinbildung,*
- 3) *unternehmerisches Denken und optimistische Lebenseinstellung,*
- 4) *persönliche Souveränität im Auftreten.*

Hinzuzufügen wäre noch die Fähigkeit zur Verschwiegenheit außerhalb der inneren Zirkel („esprit des corps“).

Die Karriere von Nachwuchskräften der Wirtschaftselite zeigt folgendes Grundmuster: 1) Ernennung als „high potential“, 2) Übertragung von beruflichen Herausforderungen sowie 3) Förderung durch einflussreiche Mentoren und/oder „Seilschaften“ (z. B. Rotary/Lions-Clubs, schlagende Verbindungen, private Hochschulen, konservative Stiftungen, elitäre Sportclubs, Parteibuch-Klüngel, etc.).

Die wichtigsten Antriebskräfte für den Aufstieg - so belegen verschiedene Untersuchungen - sind letztlich Geld und Macht; folglich ist Ämterhäufung üblich. Das Gesetz, wonach maximal zehn Aufsichtsratsposten von einer Einzelperson besetzt werden dürfen, wird seit Jahrzehnten durch Umbenennung ausgehebelt: Beraterkreis, Beirat, Verwaltungsrat, etc. So war der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Wolfgang Röllner, mit 78 der empirisch ermittelten 308 Multifunktionären aus 700 größeren Unternehmen verbunden. Ähnliche Netzwerke gibt es auch beim ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank Hilmar Kopper sowie bei seinen Nachfolgern. Allein bei 16 der 30 Dax-Unternehmen wurden die früheren Vorstandsvorsitzenden zu Aufsichtsratsvorsitzenden, und in den Vorständen der Dax-Unternehmen saßen 2002 elf ehemalige McKinsey-Berater. Die totgesagte „Deutschland AG“ ist immer noch sehr lebendig: Gemäß einer Studie der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitzer (DSW) vom August 2006 sitzen allein die drei Führenden, M. Schneider (Aufsichtsratschef Bayer u. Linde), G. Cromme (Thyssen-Krupp) und U. Hartmann (E.on) in den Kontrollgremien von 14 der 30 DAX-Konzerne (s. Hbg. Abendblatt 19.Aug.06, S. 28).

Die Statusreproduktion von (Wirtschafts-)Eliten überdauert in der Regel mehrere Generationen worauf Vilfredo Pareto bereits 1921 hingewiesen hat (vgl. Röhrich 1991, 61ff.):

„Durch die Elitenzirkulation unterliegt die herrschende Klasse einer immerwährenden Transformation, die wie ein Strom dahingleitet, heute anders als gestern. Von Zeit zu Zeit beobachtet man plötzliche und heftige

Umwälzungen ähnlich den Überschwemmungen eines Stromes, und danach beginnt die neue herrschende Klasse sich ihrerseits wieder zu wandeln: Der Strom, in sein Bett zurückgekehrt, fließt von neuem gleichmäßig dahin.“

Ein drastisches Beispiel für die durch „Seilschaften“ und Kooptation (die Positionsinhaber bestimmen ihre Nachfolger) gesicherte Kontinuität von Macht- und Funktionseliten ist die „Nazi-Elite“ im sog. Dritten Reich, die – trotz unsäglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit – noch Jahrzehnte in der demokratisch verfassten Bundesrepublik einflussreiche Positionen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Justiz, Medizin, etc. innehatte (vgl. Frei 1997 u. 2003).

Besonders in den letzten zehn Jahren hat sich bei der breiten Bevölkerung eine für die Stabilität des demokratischen Staatswesens bedrohliche Vertrauens- und Akzeptanzkrise gegenüber der herrschenden Klasse entwickelt. In keinem Land Westeuropas ist das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Elite so groß wie in Deutschland.

Eine repräsentative Umfrage, die das Emnid-Institut im Auftrage des World Economic Forum (WEF) auch für Deutschland durchgeführt hat, ermittelte bei mehr als 50 000 Personen, dass 70% die Konzernchefs als unehrlich, 80% ihre Macht als zu groß und 70% ihr Verhalten als unethisch einschätzen. Politiker werden sogar von 76% der Befragten als unehrlich wahrgenommen. Im Vergleich dazu die Durchschnittswerte von Westeuropa: 40% der Befragten empfinden Konzernchefs und 46% Politiker als unehrlich (vgl. Die Welt, 19.11.2004, S. 11).

Soziale Schichten in Deutschland

Das Schicht-Modell ist geeignet, Macht und Einfluss bestimmter Personengruppen in einer Gesellschaft zu identifizieren. Unter „soziale Schicht“ werden gesellschaftliche Gruppen verstanden, die aufgrund von Vermögen, Macht, Bildung, Beruf, Einkommen oder Prestige als gesellschaftliche Pyramide beschrieben werden können, nämlich: Ober-, Mittel- und Unterschicht. Jede einzelne Schicht ist noch dreifach unterteilbar in eine obere-, mittlere- und untere

Kategorie. Überdies lässt sich noch eine spezielle Kategorie von weniger als 1% der Bevölkerung im Dunstkreis der oberen Oberschicht ausmachen: „Die Quasi-Unsichtbaren“ oder „Quasi-Unberührbaren“ (Gelddynastien, Erben großer Vermögen, Finanzinvestoren, etc.).

In keinem anderen westlichen Industrieland ist Bildung – und damit gesellschaftlicher Aufstieg – so sehr von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland (vgl. PISA-Schulstudie). Vor allem das tradierte dreigliedrige Schulsystem: Hauptschule = „Bauer“, Realschule = „Bürger“ und Gymnasium = „Edelmann“ sichert frühzeitig und nachhaltig den Einfluss der herrschenden Klasse, d.h. der ökonomischen Machteliten, auf Schlüsselpositionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Wie empirische Forschungen zeigen, besteht das sog. obere Milieu aus maximal 20% der Bevölkerung: 5-10% aufgrund von Eigentum sowie 10-15% aufgrund ihrer akademischen Ausbildung (dienstleistende Funktionseliten = Dienstklasse). Letztere rekrutieren sich a) aus dem gehobenen Bürgertum sowie b) aus sozialen Aufsteigern. Die Größenverhältnisse zwischen den oberen, mittleren und unteren Milieus liegen seit Jahrzehnten unverändert bei etwa: 20% : 70% : 10% (vgl. Vester 2003, 237ff.).

Das Eherne Gesetz der Oligarchie

Bereits 1884 formulierte der italienische Soziologe Gaetano Mosca in seiner Theorie der herrschenden Klasse eine Gesetzmäßigkeit, die noch heute unverändert gilt:

„In allen Gesellschaften, von den primitivsten im Aufgang der Zivilisation bis zu den fortgeschrittensten und mächtigsten, gibt es zwei Klassen, eine, die herrscht und eine, die beherrscht wird. Die erste ist immer die weniger zahlreiche, sie versieht alle politischen Funktionen, monopolisiert die Macht und genießt deren Vorteile, während die zweite, zahlreichere Klasse von der ersten befehligt und geleitet wird. Diese Leitung ist mehr oder weniger gesetzlich, mehr oder weniger willkürlich oder gewaltsam und dient dazu,

den Herrschenden den Lebensunterhalt und die Mittel der Staatsführung zu liefern“ (zit. n. Wasner 2004, 36f.).

Robert Michels hat in seinem klassischen Werk „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ (1911/1925) nach eingehender Analyse von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in Europa die Erkenntnis von Mosca vertieft, dass jeder Organisation eine Tendenz zur Oligarchie (griech. oligos = wenig; archein = führen) innewohnt, die demokratischen Prinzipien zuwider läuft.

Dieses allgegenwärtige Phänomen wurde von Michels als „Ehernes Gesetz der Oligarchie“ bezeichnet. Es besagt, dass a) sozial-psychologische Faktoren bei den Führenden und Geführten sowie b) bürokratische Organisationsformen die Herrschaft Weniger über Viele bewirken, und zwar als zeit- und kulturübergreifende Gesetzmäßigkeit.

Denn eine Minderheit löst stets nur eine andere Minderheit ab, und ad infinitum (Kreislauf der Eliten). „Alles ändert sich und bleibt doch, wie es ist“. Denn bei genauer Betrachtung der Machtstrukturen in Unternehmen finden sich immer nur 5%, maximal 10%, der Organisationsmitglieder (Eigentümer und deren Verwalter, leitende Führungskräfte), die das Sagen haben und folglich Positionen, Einkommen und Gewinn nach eigenen Regeln primär zu ihrem persönlichen Nutzen verteilen.

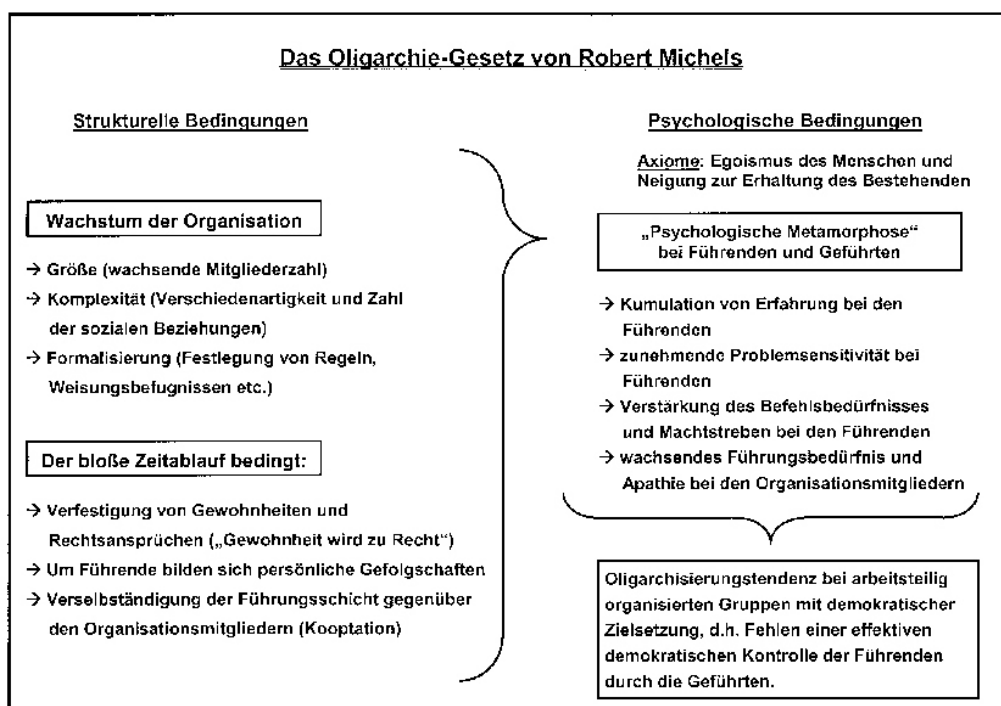


Abb. 1: Rekonstruktion des Oligarchiegesetzes von Robert Michels zitiert nach Grunwald, 1995

Für oligarchische Tendenzen gibt es nach Michels drei Ursachenbündel: a) die menschliche Natur (Egoismus), b) typische Verhaltensmuster der herrschenden Klasse (Kooptation, Absicherung ihrer Herrschaft) und c) hierarchisch-bürokratische Strukturen und Prozesse in Organisationen

Darauf basierend lauten Michels sechs Kernaussagen: 1) Ohne Organisation ist Demokratie nicht denkbar; 2) wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie; 3) mit zunehmender Organisation schwindet Demokratie; 4) mit zunehmender Organisation steigt die Macht der Führenden aufgrund von Faktoren wie: Tendenz zur Machtabsicherung, indirekte Wahl, Allmacht von Gremien, etc; 5) Macht ist stets konservativ: „Die Revolutionäre der Gegenwart sind die Reaktionäre der Zukunft“ (Michels) und 6) mit der Entstehung einer oligarchischen Bürokratie wird aus einem ursprünglichen Mittel zum Zweck ein Selbstzweck.

Kurz: Wenige Personen(-gruppen) an der Spitze einer Unternehmenshierarchie bestimmen weitgehend unkontrolliert, was die Mehrheit zu tun oder zu unterlassen hat.

Folgerungen

Offensichtlich handelt es sich bei den oligarchischen Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft um eine zeitlose, transkulturelle, sachlogische und wohl auch anthropologische Konstante. In allen komplexen, hoch arbeitsteiligen Gesellschaften, Organisationen und Gruppen braucht es die von wenigen Personen und/oder Gruppen angeleitete Steuerung und Koordination der Einzel-/Gruppenleistungen auf übergeordnete Ziele hin, damit Organisationen ihren Zweck erfüllen können. Neben diesen sachrationalen Gründen steht vor allem in kapitalistischen Gesellschaften das Streben vieler Menschen nach (Arbeitsplatz-)Sicherheit; insbesondere nach Eigentum/Kapital und folglich Macht/Einfluss (Werbeprosch einer Sparkasse: „Hast Du was, bist Du was.“).

Demokratie- und Elitenforschung, betriebswirtschaftliche Organisationsforschung sowie sozialpsychologische Führungs- und

Gruppenforschung haben in den letzten 70 Jahren theoretisch und empirisch nachgewiesen, dass es keine dauerhaft hierarchiefreien Organisationen oder Gruppen gibt und je geben wird. Die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit in sozio-technischen Systemen ist folglich unumgänglich und allgegenwärtig. Allenfalls geht es um die Bedingungen der Möglichkeit eines gewaltlosen Elitenwechsels im Sinne der o.g. Elitenzirkulation, d.h. immer nur um die Wahl zwischen den unvermeidbaren Übeln, konkurrierende Eliten mit mehr oder weniger subtilen oligarchischen Herrschaftsmechanismen zu ertragen. „Man wäre versucht, es eine Tragikomödie zu nennen: die Massen begnügen sich damit, unter Aufbringung aller Kräfte ihre Herren zu wechseln“ (Michels 1987, 367; orig. 1911). Der Volksmund präzisiert in drastischer Weise dieses Problem aus langer und bitterer Erfahrung: „Die Schweine wechseln; die Tröge bleiben“.

Das Grundproblem bleibt wohl unlösbar, ob und wie sich die oligarchische Herrschaft der ökonomischen Machteliten kontrollieren oder gar verhindern lässt. Bislang wird in staatlich-demokratischen Systemen versucht, eine Machtbalance durch formaljuristisch geregelte Elitenkonkurrenz zu gewährleisten. Besonders in der Wirtschaft funktioniert dieses Prinzip jedoch nicht oder nur rudimentär, und zwar aufgrund der eigentumslegalisierten Machtverhältnisse einer herrschenden Minderheit (max. 5-10%) mit ihren nachhaltigen Absicherungsstrategien durch Kooptation sowie der Beschäftigung eines Heers von aufstiegsorientierten Dienstwilligen.

Immer wird es eine Elitenherrschaft der ökonomisch Mächtigen geben, die – je nach Zeitgeist und Machtkonstellation – mal mehr, mal weniger Gleichheit, Gerechtigkeit und Mitbestimmung zulassen (müssen). Vor allem das seit etwa 15 Jahren fast quasireligiös zelebrierte, den Menschen zu einer Ware entwürdigende kapitalistische Denken und Handeln in Wirtschaft und Gesellschaft untergräbt den sozialen Frieden und somit die Balance zwischen Gleichheit, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Mit anderen Worten: kurzfristige profitorientierte Individual- und Gruppeninteressen zerstören das Gemeinwohl. Jeder ist/wird sich selbst der Nächste ...

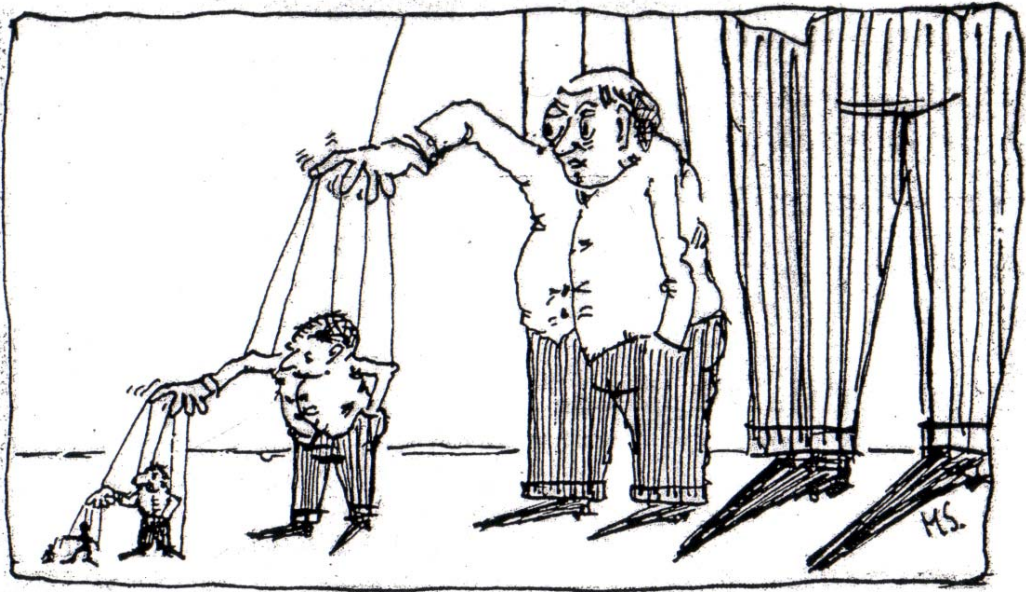


Abb. 2: Wer hat das Sagen: Politik oder Wirtschaft?

Wo bleibt bei dieser Erkenntnis ein konstruktiver Ausblick?

Mindestens vier Maßnahmen gegen die größten Auswüchse kapitalistisch-oligarchischer Herrschaft in Wirtschaft und Gesellschaft sind unerlässlich, um die Akzeptanz und Stabilität eines marktwirtschaftlich orientierten, demokratisch verfassten Staatswesens zu gewährleisten:

- 1) *Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gemäß Artikel 14, Absatz 2 des Grundgesetzes.*
- 2) *Eine grundlegende Steuerreform zugunsten der lohnabhängigen Arbeitnehmer.*
- 3) *Beteiligung der Arbeitnehmer an den von ihnen erwirtschafteten Gewinnen, damit der systematisch vorenthaltene Lohn abhängig Beschäftigter endlich zur Auszahlung kommt.*
- 4) *Drastische Erhöhung der Erbschafts-, Vermögens- und Schenkungssteuer, weil große Kapitaleinkommen das Leistungsprinzip ad absurdum führen und somit die ökonomische Ungleichheit unumkehrbar vertieft.*

Freilich müssten diese Reformen von den ökonomisch Mächtigen und ihren Funktionseliten akzeptiert und eingeleitet werden ...

1868 schrieb Werner von Siemens an seinen Bruder:

„Mir würde das verdiente Geld wie glühendes Eisen in der Hand brennen, wenn ich treuen Gehilfen nicht den erwarteten Anteil gäbe“.

Literatur

- Afheldt, H. (2005): *Wirtschaft, die arm macht*, München
- Bartels, H.-P. (2005): *Victory-Kapitalismus*, Köln
- Bergmann, J. (2004): Die Reichen werden reicher – auch in Deutschland. In: *Leviathan*, H 2, S. 185-202
- Frei, N. (2003): *Hitlers Eliten nach 1945*, München
- Frei, N. (1997): *Vergangenheitspolitik*, München
- Grunenberg, N. (2006): *Die Wundertäter*, Berlin
- Grunwald, W. (2003): Vertrauensförderung in Organisationen. In: Jakob, R./Naumann, J. (Hg.): *Wege aus der Vertrauenskrise*, Frankfurt/Main, S. 195 – 212
- Grunwald, W. (2005): Was haben ethische Prinzipien mit Konfliktregelung zu tun? Führungskräfte zwischen Sein und Sollen, in: *SEM /Radar*, 4. Jg., 1/2005, S. 53 - 82
- Hartmann, M. (2002): *Der Mythos von den Leistungseliten*, Frankfurt/Main
- Hickel, R. (2006): *Kassensturz*, Reinbek
- Hradil, St. (2001): *Soziale Ungleichheit in Deutschland*, 8. Aufl., Opladen
- Kirbach, R. (2006): *Armutszeugnis für Hamburg*, in: *DIE ZEIT*, Nr. 32, 3. Aug. 2006, S. 11-12
- Leif, Th./Speth, R. (Hg.)(2006): *Die fünfte Gewalt*, Wiesbaden
- Liebig, St./Schupp, J. (2005): Empfinden die Erwerbstätigen in Deutschland ihre Einkommen als gerecht? In: *Wochenbericht DIW* Berlin, H 48, S. 71-72
- Michels, R. (1989): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, 4. Aufl., (Orig. 1911), Stuttgart

Müller, A. (2006): Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet, München

Opoczynski, M. (2005): Die Blutsauger der Nation, München

Röhrich, W. (1991): Eliten und das Ethos der Demokratie, München

Roth, J. (2006): Der Deutschland-Clan, Frankfurt/M.

Scheuch, E. K. (2003): Elitenkonfiguration in Deutschland. In: Hradil, S., Imbusch, P. (Hg.): Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, Opladen, S. 147-176

Stiglitz, J. (2006): Die Chancen der Globalisierung, München

Storn, A. (2006): In der Hand der Jongleure, in: DIE ZEIT, Nr. 36, 31.08.2006, S. 26-27

Vester, M. (2003): Die Krise der politischen Repräsentation: Spannungsfelder und Brüche zwischen politischen Eliten, oberen Milieus und Volksmilieus. In: Hradil, S., Imbusch, R. (Hg.): Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen (Opladen 2003), S. 237-270

Vester, M.: Soziale Milieus und Gesellschaftspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 44-45/2006, S. 10-17

Wasner, B. (2004): Eliten in Europa, Wiesbaden

Wehler, H.-U. (2006): Die verschämte Klassengesellschaft, in: DIE ZEIT, Nr. 48, 23.11.2006, S. 14

Weiss, H., Schmiederer, E. (2006): Asoziale Marktwirtschaft (5. Aufl.), Köln

Internetquellen

<http://www.wirtschaftsverbrechen.de/> (05.09.2006)

http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061016_Gesellschaft_im_Reformprozess.pdf (25.10.2006)

(Erhebung „Gesellschaft im Reformprozess“, durchgeführt im

Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung; die daraus resultierende Studie wird zum Jahresende 2006 veröffentlicht)